

Landesverband  
Schleswig – Holstein

**SoVD**  
Sozialverband  
Deutschland

Partner  
in sozialen  
Fragen

[Sozialverband Deutschland: Muhliusstr. 87 · 24103 Kiel](#)

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Innen- und Rechtsausschuss  
Postfach 7121  
24171 Kiel**

**Abteilung Sozialpolitik**

Muhliusstr. 87

24103 Kiel

Tel. (0431) 98388-0

Fax (0431) 98388-72

**Rückfragen: Herr Schultz**

Durchwahl (0431) 98388-70

E-mail: [christian.schultz@sovd-sh.de](mailto:christian.schultz@sovd-sh.de)

E-mail: [dagmar.lobocki@sovd-sh.de](mailto:dagmar.lobocki@sovd-sh.de)

Kiel, den 03.07.2013

CS

**„Schaffung bezahlbaren Wohnraums ermöglichen“  
Stellungnahme des Sozialverband Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein  
e.V., zum Antrag der FDP-Fraktion – Drucksache 18/599**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Antrag der schleswig-holsteinischen FDP-Landtagsfraktion sieht vor, „die planerischen Beschränkungen bei der Wohnbauentwicklung aufzuheben“. Damit soll erreicht werden, „dass ausreichend neuer Wohnraum [in Schleswig-Holstein] ausgewiesen werden kann.“

Der SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein unterstützt dieses Vorhaben grundsätzlich.

Schon jetzt ist die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt in einigen Regionen Schleswig-Holsteins spürbar: Besonders die Großräume Kiel, Lübeck, Flensburg, Sylt und das Hamburger Umland haben in den vergangenen Jahren einen drastisch steigenden Wettkampf der Mieter um bezahlbaren Wohnraum erlebt. Vor diesem Hintergrund begrüßt der SoVD die Initiative der FDP-Fraktion, den Bau neuer Wohnungen durch weniger planerische Beschränkungen zu ermöglichen.

Um die Situation in den Ballungsräumen langfristig zu verbessern, bedarf es aus Sicht des SoVD aber weiterer Maßnahmen: So ist eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus unerlässlich. Zum 01.01.2014 fallen landesweit über 4000 bisherige Sozialwohnungen aus der Preisbindung. Die vom Land geführte „Offensive für bezahlbaren Wohnraum“ soll mit landesweit rund 1300 neuen preiswerten Mietwohnungen dagegen steuern. Aber selbst

wenn all diese neuen Wohneinheiten kurzfristig entstehen sollten, ist die insgesamt angespannte Lage in den Ballungsräumen damit nicht ausreichend zu verbessern. Der Trend, dass immer mehr Menschen – auch insbesondere ältere Mitbürger – in den Städten wohnen möchten, geht weiter. Somit wird die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in diesen Regionen auch in den kommenden Jahren steigen.

Die Landesregierung ist deshalb gefordert, in diesen Gebieten mehr Wohnraum zu schaffen. Der SoVD Schleswig-Holstein regt an, dass die rund 500 Millionen Euro, welche die Bundesregierung den Ländern noch bis einschließlich 2013 als Finanzhilfe für die soziale Wohnraumförderung zahlt, auch im Anschluss fließen. Das Geld müssten die Länder zweckgebunden in die Ausweitung sozialen Wohnraums investieren. Eine entsprechende Bundesratsinitiative dazu sollte aus unserer Sicht auf den Weg gebracht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Schultz  
Abteilung Sozialpolitik